

ATTAC-KE

Traumpartner gesucht



Mit Luftballons gegen den Sozialkahltschlag. Die Attacis auf der Berliner Demo am 3.4.

(Foto: Karsten Henning)

Hunderttausende gegen Sozialabbau auf der Straße. Es sieht gut aus für die globalisierungskritische Bewegung in Deutschland und Frankreich. Doch intern häufen sich die Fragen.

Ein Ruck müsse durch Deutschland gehen, hatte Ex-Bundespräsident Roman Herzog vor nun mehr sieben Jahren gemahnt. Der Standort Deutschland dürfe den Anschluss an die Welt nicht verlieren. Seine Bitte, von den reformmüden Massen damals ignoriert, wurde jetzt erhört. Der Ruck ist da. Aber nicht in Form der Globalisierungseuphorie, wie es sich Herzog einst gewünscht hatte. Stattdessen sind die GlobalisierungskritikerInnen auf dem Vormarsch.

Eine halbe Million Menschen haben jüngst beim europaweiten Aktionstag am 3. April in Berlin, Köln und Stuttgart gegen Sozialabbau demonstriert. Ilona Plattner vom bundesweiten Attac-Koordinierungskreis sieht in den Massenprotesten gegen die

Reformagenda der rot-grünen Regierung bereits ein "massives Zeichen für einen wirklichen Politikwechsel".

Attac Deutschland, so scheint es, erlebt derzeit dieselbe Erfolgsgeschichte wie die KollegInnen von Attac Frankreich vor drei Jahren. Schon die Demonstration gegen Sozialabbau im November, an der - abgesehen von Verdi und einigen Ortsverbänden - die Gewerkschaften nicht beteiligt waren, brachte über 120.000 Menschen auf die Straße. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht "Attacis", wie sie sich selbst liebevoll nennen, mit publikumswirksamen Aktionen auf sich aufmerksam machen. Und nun haben die verstaubten Gewerkschaften die Zusammenarbeit mit dem globalisierungskritischen Netzwerk ge-

sucht und sich überreden lassen, erstmals in ihrer mehr als 100-jährigen Geschichte auch gegen eine sozialdemokratisch geführte Regierung zu demonstrieren.

Doch der Aufschwung Attacs trägt. Drei Jahre nach der Gründung von Attac Deutschland stellt sich die Frage nach der Identität und politischen Richtung dringlicher denn je.

"Wer dem DGB Alternativen, Kampffähigkeit oder auch nur einen Hauch von Veränderung zusagt, sieht eindeutig an der Realität vorbei", schreibt einer bei Indymedia, einem linksradikalen Webportal. Und auch im Attac-eigenen Webforum stoßen all jene auf Zustimmung, die eine Zusammenarbeit von Attac mit den Gewerkschaften scharf kritisieren. Bitterböse Kommentare über die "Vereinnahmung" und "Befriedung" durch die Gewerkschaften liest man ebenso wie den "bodenlosen Idealismus" der Attac-Aktivistinnen und, dass "der Zeitgeist" Attac schon fast eingeholt habe.

Bündnispolitik ohne Alternativen?

Tatsächlich kann auch nach dem 3. April nicht von einem gleichberechtigten Bündnis zwischen Attac und den Gewerkschaften die Rede sein. Nicht nur, dass der DGB erst nach zähen Verhandlungen einlenkte, auf der Rednerliste auch die Stimmen von Kirchen, Studenten, Erwerbslosen und GlobalisierungskritikerInnen zu Wort kommen zu lassen. In den meisten gewerkschaftlichen Redebeiträgen fehlte echte Kritik an Rot-Grün, die für die unsoziale Sozialagenda 2010 verantwortlich sind.

Erstaunlich ist das eigentlich nicht. Denn viele der von SPD und Grüne als alternativlos dargestellten Reformen wurden in Abstimmung mit den Gewerkschaftsführern erarbeitet. Erinnert sei an die Rentenreform des Gewerkschafters Walter Riester, aber auch an die Hartz-Vorschläge, an denen IG-Metall-Betriebsleiter Peter Gasse aus Nordrhein-Westfalen selbst mit Hand angelegt hatte. Können sie die richtigen Bündnispartner für eine soziale Bewegung sein, um erfolgreich die rot-grüne Regierung unter Druck zu setzen?

"Man muss die Gewerkschaften einbinden, sonst sind keine substanziellen gesellschaftlichen Veränderungen möglich", sagt Peter Wahl, Gründer von Attac Deutschland. Er verteidigt die Annäherung zwischen GlobalisierungskritikerInnen und Gewerkschaften. Protest habe nun wieder einen höheren Stellenwert in der Politik. "Es wird nicht mehr nur auf Dialog und Sozialpartnerschaft gesetzt", meint Wahl.

Und tatsächlich spricht einiges dafür, dass die Demo zum Bruch der unglücklichen Ehe zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie führen wird. Die SPD hat bereits angekündigt, trotz Massenprotesten an den Reformplänen festzuhalten. Wollen die Gewerkschaften bei ihren Mitgliedern nicht noch weiter an Glaubwürdigkeit verlieren, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als mit ihrem Widerstand fortzufahren. Und wie sehr die Bündnisfrage auch die Attac-Basis bewegt, zeigt ein Brief, den das Bundesbüro von Attac an alle Mitglieder verschickt hat. Die "solidarische Zusammenarbeit gerade mit den Gewerkschaften" rechtfertigen sie mit der Notwendigkeit, "die denkbar größte Breite im Protest gegen die Politik des Sozialkahltschlags der Bundesregierung zu versammeln", heißt es darin.

Die Franzosen haben's vorgemacht

Eine ähnliche Strategie verfolgt derzeit auch Attac Frankreich - allerdings mit bedenklichem Nebeneffekt. Im Aktionsfieber gegen Raffarin-Reformen, Genfood, Rassismus und Irak-Krieg laufen die französischen Attacis zunehmend Gefahr, ihr Hauptziel aus den Augen zu verlieren. Von der ursprünglichen Forderung, die internationalen Finanzmärkte per Tobin-Steuer zu demokratisieren und Geldströme in öffentliche Kassen und bedürftige Regionen in der Welt umzulenken, ist nur noch in internen Diskussionspapieren die Rede. Auf den Plakaten der Anti-Sozialabbau-DemonstrantInnen in Paris und anderen Städten fand man zumindest nur wenig entsprechende Forderungen. Die Protestzüge im eigenen Land werden zwar mit jedem Einschnitt ins soziale Netz größer, die Teilnehmerzahlen am Sozialforum aber schrumpfen - und auch die Mitgliederzahlen von Attac Frankreich stagnieren inzwischen.

"L'élargissement de la base sociale d'Attac reste notre point faible", warnt ein Strategiepapier. Und dem Erfolg linker Positionen bei den Regionalwahlen, bei der die WählerInnen Raffarin und Chirac regelrecht abgestraft hatten, steht eine bittere Tatsache gegenüber: Den GlobalisierungskritikerInnen gelang es nicht, ihre ureigenen Attac-Themen den ProtestwählerInnen schmackhaft zu machen. Und das ist zuallererst die Einführung der Tobinsteuer.

Wahlkreuz bei Attac?

Und noch etwas haben die Attacis mit den französischen GenossInnen gemein: der hitzige Streit darüber, ob die Organisation auch im Parlament vertreten sein soll. In Frankreich ist die Diskussion über eine eigene, dezidiert globalisierungskritische Partei nach den Regionalwahlen zwar etwas in den Hintergrund getreten - umso mehr Wellen schlägt sie derzeit in Deutschland. Anlass ist die Ankündigung enttäuschter SPD-Linker und Gewerkschafter, eine neue Partei links von der SPD zu gründen. "Zu dieser Frage gibt es bei uns keinen Konsens", sagt Peter Wahl, der das Projekt grundsätzlich begrüßt. "Wenn man das Parteiprojekt als ein Moment in einem gesamten Prozess gesellschaftlicher Veränderung sieht, bei der die außerparlamentarische Bewegung der Kern und Hauptfaktor ist, kann man gegen das Projekt nicht sein", entgegnet Wahl all jenen, die bereits aufgeregt auf Flugblättern vor einem Ausverkauf der Bewegung warnen. Wahl versichert jedoch, Attac bleibe, was es ist: ein außerparlamentarisches Projekt. "Weder wird sich Attac in eine Partei transformieren, noch mit Wahlbündnissen zur Wahl 2006 antreten."

Doch auch wenn Wahl und andere Attac-Promis in einem Parteiprojekt Chancen sehen, "Druck zumindest auf SPD und die Gewerkschaften auszuüben" - ein ernstes Problem bleibt bestehen: Sollte in den nächsten Monaten oder Jahren tatsächlich eine Linkspartei entstehen, könnte es mit dem rasanten Aufwärtstrend bei den Mitgliederzahlen schnell vorbei sein. Denn nicht wenige der über 14.450 Mitglieder (Einzelpersonen und Organisationen) von Attac haben ein Parteibuch. Wenn Attac Deutschland einen "Code of Conduct" einführt wie ihn die französischen KollegInnen haben, müssten kandidierende Attacis ihre Mitgliedschaft ruhen lassen. Sie fehlen dann für die Attac-Arbeit. Bei so viel Diskussionsstoff kommt es den aktionsfreudigen GlobalisierungskritikerInnen deswegen sicherlich gelegen, dass in Deutschland im laufenden Jahr kein Großevent auf dem Programm steht. Für sie heißt es, Strategiediskussionen führen. Am 14. und 15. Mai wollen sie dies auf dem Perspektivenkongress in Berlin tun. Damit es "ruckt" in Deutschland.

Ines Kurschat

Bewegungen dieser Welt vereinigt euch

Das hatte sich Ignacio Ramonet, Chefredakteur der linken Monatszeitung "Le Monde diplomatique" nicht träumen lassen. Bergeweise zustimmende Leserbriefe bekam er für seinen Leitartikel "Désarmer les marchés". Warum nicht eine neue Nichtregierungsorganisation gründen? Eine Aktion für eine Tobin-Steuer zum Nutzen der Bürger? Zusammen mit den Gewerkschaften und den sozialen, kulturellen und ökologischen Organisationen könnte sie Druck auf die Regierungen ausüben, diese Steuer tatsächlich einzuführen. Das war im Dezember 1997. Attac war geboren - die "Association pour une Taxation des Transactions financières pour l'Aide aux Citoyens".

Die Zeit war günstig gewählt. Die Kritik an den Folgen der Globalisierung, die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich, Erster und Dritter Welt nahm zu. Die Tobin-Steuer, ein erster Schritt in Richtung einer demokratischen Kontrolle der internationalen Finanzmärkte - das war das erklärte Ziel der Organisation, die binnen weniger Monate über 10.000 Mitglieder hatte.

Längst sind andere Themen hinzugekommen: Gentechnologie, Irak-Krieg, Sozialabbau im eigenen Land, Privatisierung - der Gründung von Attac Frankreich folgten weitere: in Großbritannien, Italien, Schweden, Deutschland. Heute zählt die Bewegung rund 90.000 Mitglieder in über 50 Ländern. Ihre Waffen: Kampagnen und publikumswirksame Aktionen. Ihr Ziel: Menschen in aller Welt über Ursachen und Folgen der Globalisierung aufzuklären und Alternativen zum "neoliberalen Dogma" zu erstellen. Der Druck auf die Regierungen hat zugenommen.

ATTAC LUXEMBURG

Die Unbeirrbareren

Bankgeheimnis abschaffen, Steueroasen schließen? Attac Luxemburg hat es hier zu Lande besonders schwer, mit ihren Forderungen Gehör zu finden.

(ik) - Es ist eine kleine Runde, die sich an diesem Donnerstagabend im Konvikt in der Avenue Marie-Thérèse versammelt hat. Sieben Personen sitzen um den hellen runden Holztisch. Sie überlegen, wie sie die nächste Aktion vorbereiten können. Und das, obwohl Attac Luxemburg weit über 100 zahlende Mitglieder zählt, zusätzlich zu den zehn Nichtregierungsorganisationen. Aktiv ist aber nur ein kleiner Teil - und zwar der Vorstand. Von einer Bewegung oder gar einem Massenphänomen kann im Großherzogtum also keine Rede sein. In Luxemburg sind die Umstände eben auch gänzlich andere als in Deutschland oder Frankreich.

"Wir sind gegen das Bankgeheimnis. Das macht uns natürlich nicht besonders populär", rechtfertigt sich Luc Koedinger, Präsident von Attac Luxemburg. Zwei NGOs hätten ihre Mitgliedschaft

gleich wieder aufgekündigt, nachdem sie von den inhaltlichen Schwerpunkten der Attacis erfuhren. Im Herbst 1999 als gemeinnütziger Verein gegründet, richteten sich die meisten Aktionen bisher vor allem gegen Steuerflucht und Geldwäsche in Luxemburg. Nichts für Vertreter von SOS Faim und Terre des Hommes, die ihren Schwerpunkt in der Dritten Welt-Arbeit sehen - eine seltsam anmutende Begründung, sind beide NGOs in ihrer täglichen Arbeit doch eigentlich unmittelbare Zeuginnen der Folgen der Globalisierung. Als Einzelmitglied blieb eine Terre des Hommes-Mitarbeiterin dann aber doch - Cécile Godfroy ist sogar Vizepräsidentin von Attac Luxemburg.

Derlei Austritte geschahen bisher nur einmal. Dennoch dürften viele ähnlich wie SOS Faim und Terre des Hommes denken. In einem Land, das sein Bruttosozialprodukt zu mehr als einem Viertel aus Gewinnen der Banken erwirtschaftet und in dem mit über 25.000 Personen fast ein Zehntel der arbeitenden Bevölkerung im Finanzsektor beschäftigt ist, kommt die Forderung, das Bankgeheimnis abzuschaffen, einem Tabubruch gleich. Wer Nein sagt zu Steuerflucht und Geldwäsche, Finanzspekulationen (auch bei Pensionsfonds) gar grundsätzlich ablehnt, rüttelt am Fundament luxemburgischer Standortpolitik.

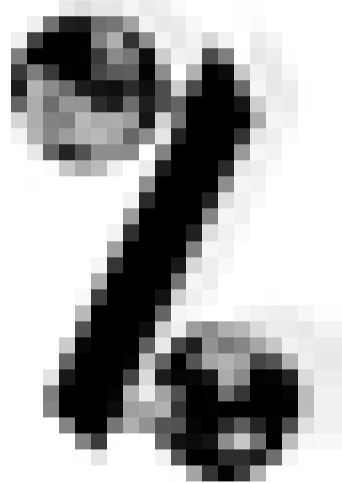
Wen wundert es da, wenn der Draht der hiesigen Attacis zu den großen Gewerkschaften ausgesprochen dünn ist. Nur mit der Eisen-

bahnergewerkschaft FNCTT-FEL gibt es eine Zusammenarbeit, "vor allem beim Kampf gegen die Privatisierung", sagt Koedinger. Andere GewerkschafterInnen von OGBL und LCGB trifft man zwar auf Anti-Kriegsdemonstrationen - bei Aktionen wie "la grande lessive" aber bleiben die GlobalisierungskritikerInnen von Attac weitgehend unter sich.

Wirklich traurig über die fehlende gewerkschaftliche Unterstützung scheinen die Attacis aber nicht zu sein. Sie sehen das eher realistisch: Dass eine Gewerkschaft, die versucht, die Interessen der Beschäftigten im Bankensektor zu vertreten, keine Fundamentalkritik an Globalisierung und Finanzspekulation äußern kann, finden sie "nur logisch". Das luxemburgische Modell sei das Problem, sagt Attac-Mitglied Jos Cadé und meint damit die Tripartite, bei der Arbeitgeber, Gewerkschaften und Staat von vornherein konfliktträchtige Verteilungsfragen möglichst im Konsens diskutieren.

Aktuelles Beispiel für die Befriedung gewerkschaftlicher Positionen ist die Diskussion um den Stellenabbau beim Stahlkonzern Arcelor. Lange Zeit stand der Gewerkschaftschef und Arcelor-Verwaltungsratsmitglied John Castegnaro den eigenen StahlarbeiterInnen sehr viel näher als den von Entlassung bedrohten, belgischen und französischen KollegInnen. Nationale Standortinteressen vor Ländergrenzen überschreitender Gewerkschaftssolidarität, so lautete bislang die OGBL-Devise. Nun aber nimmt die Rationalisierungspolitik des globalisierten Stahlriesen verstärkt auch die LuxemburgerInnen ins Visier - und deren Gewerkschaften kommen in Bedrängnis. Wie sollen sie jetzt gegen Standortverlagerung und Profitstreben mobilisieren, und vor allem: mit wem?

Doch während in Deutschland und Frankreich derartige Interessengegensätze und widersprüchliche Politiken heftig diskutiert werden - inzwischen sogar von GewerkschafterInnen selbst -, regt sich hier zu Lande kaum Protest. LSAP und Grüne sind zwar schnell dabei, über verantwortungslose Unternehmen und einer verfehlten Standortpolitik der CSV-DP-Regierung herzuziehen. Aber zu mehr als der von CSV und DP ebenfalls propagierten wirtschaftlichen Diversifizierung können sie sich auch nicht aufrufen - von grundsätzlicher Kritik an der kapitalistischen Wirtschaftsweise haben sich die beiden Oppositionsparteien längst verab-



schiedet, von ganz wenigen Einzelstimmen am linken Rand einmal abgesehen. Als inhaltliche BündnispartnerInnen neben der überregionalen Zusammenarbeit mit anderen Attac-Gruppen aus Thionville, Metz oder Lüttich bleiben für die Attac-AktivistInnen vor allem Mitglieder von Déi Lénk, die sich tatsächlich häufiger an deren Aktionen beteiligen und mit dem berühmten Slogan der GlobalisierungskritikerInnen "Eine andere Welt ist möglich" bei den Wahlen antreten. "Ja, es gibt Parteien, denen wir näher stehen." Mehr mag Luc Koedinger aber nicht sagen. Er möchte mit

seiner Organisation nicht in die Nähe einer Partei gerückt werden und schon gar nicht "irgendwelche politischen Wahlempfehlungen" abgeben. Fakt ist jedoch: Die GlobalisierungskritikerInnen haben eher bei Déi Lénk und parteiunabhängigen Nichtregierungsorganisationen Unterstützung gefunden. Dass die etablierten Parteien nicht gerade hoch in der Gunst der Attacis stehen, ist kaum zu überhören. "Die PolitikerInnen haben sich von der Basis weitgehend abgekoppelt", findet Vorstandmitglied Rosetta Paganotti-de Bernardi. Derzeit gebe es kaum jemanden, der nicht in den neoliberalen Chor einstimmt. Von den Wahlen im Juni versprechen sich die Attacis daher wenig, denn glaubwürdige globalisierungskritische Wahlalternativen zur CSV-DP gibt es nicht.

Von Resignation oder Fatalismus ist bei den GlobalisierungskritikerInnen dennoch keine Spur. "Wir sind eine weltweite Bewegung. Daraus ziehe ich meine Kraft", sagt Katholikin Paganotti, die die Attac-Themen unabhängig vom Wahlkampfummel und strategischen Parteibündnissen auf die Straße tragen will. Immerhin: Dass Kritik an der Globalisierung "insgesamt salonfähiger" geworden ist, haben auch die LuxemburgerInnen gemerkt. Sogar bei den sonst eher regierungskonformen Katholiken sei ein "wachsendes Unbehagen" erkennbar, sagt der pensionierte Pfarrer Jos Cadé.

Über drei Stunden haben die sieben AktivistInnen um den Holztisch an diesem Abend zusammen gesessen und diskutiert. Die nächste Aktion steht fest: "la grande braderie" gegen die Privatisierung der öffentlichen Dienstleistungen. Auch das wird kein leichtes Thema in Luxemburg.



An ihre Politik glaubt bei den Attacis keineR mehr. (Foto: SIP)

INTERVIEW

"Ohne Gewerkschaften geht es nicht"

woxx: Ist Attac Deutschland der Jungbrunnen der verkümmerten Gewerkschaften?

Peter Wahl: Wenn unsere Bewegung ein Jungbrunnen für die Gewerkschaften ist, wäre das super. Was wünscht man sich mehr?

Zum Beispiel keine Bündnisse mit Gewerkschaftern, die Reformen wie das Hartz-Papier selbst abge-nickt haben.

Wer Kritik an einer Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften übt, muss grundsätzlich zur Kenntnis nehmen, dass in diesem Lande eine Politikveränderung in emanzipatorischer Richtung ohne die Gewerkschaften nicht denkbar ist. Man muss die Gewerkschaften einbinden, sonst sind keine substanziellen gesellschaftlichen

Veränderungen möglich. Das zeigen 150 Jahre sozialer Bewegungen. Aber natürlich heißt das nicht unkritische Anpassung.

Die globalisierungskritische Bewegung wurde, bis auf wenige Ausnahmen, von den Gewerkschaften lange Zeit ignoriert. Was hat sich geändert, dass die Gewerkschaften heute mit Gruppen wie Attac den Kontakt suchen?

Wir haben es bei den Gewerkschaften mit einem Umbruchprozess zu tun, der in sich widersprüchlich ist und der noch nicht abgeschlossen ist. Er kann also jederzeit zurückgerollt werden oder auch scheitern. Wir glauben aber, dass es tiefer gehende Gründe dafür gibt, dass der Prozess der Annäherung weitergehen wird. Die deutschen

Gewerkschaften stecken in einer Strukturkrise: Mitgliederschwund, Verlust von politischem Einfluss. Zudem fehlen Konzepte, um auf neuere Herausforderungen zu reagieren wie den Wandel der Arbeitswelt und die Ökologie. Letzteres hängt natürlich mit der Wachstumsorientierung zusammen und tangiert die Verteilungsfrage direkt. Die Gesamtkonstellation zwingt die Gewerkschaften dazu, sich entweder zu verändern oder langfristig unterzugehen.

Auf Demoplakaten waren Slogans zu lesen wie "Finger weg von meiner Rente". Attac steht aber doch für Globalisierungskritik. Oder geht es in erster Linie um Besitzstandswahrung?

Jein. Der Begriff der Besitzstandswahrung hat einen gewissen Beigeschmack. Es ist

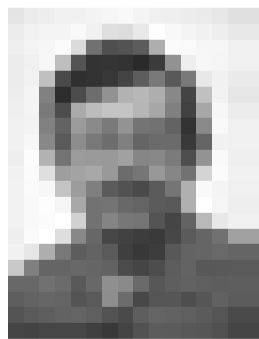
ja ein Merkmal des Sozialabbaus, dass die einen ihre Besitzstände drastisch vermehren, während sie bei anderen zurückgehen. Man kann mit dem Argument der Besitzstandswahrung die Verteilungsfrage nicht einfach für obsolet erklären. Das Problem der Verteilungsfrage ist allerdings, dass sie heute in einem anderen Kontext - zum Beispiel Wachstum und Ökologie - betrachtet werden muss und nicht der Dreh- und Angelpunkt sein darf. Attac stellt die Verteilungsfrage offensiv auch zwischen Nord und Süd. Man kann diese Dinge nicht trennen.

Wird die globale Dimension denn wirklich verstanden?

Es ist uns noch nicht im zufrieden stellendem Maße gelungen, die Zusammenhänge zwischen Globalisierung und der sozialen Frage aufzuzeigen. Auch in unseren eigenen Reihen gibt es viele, die den derzeitigen Prozess aus der klassisch-sozialpolitischen Perspektive und nur unter dem Verteilungsaspekt sehen. Das ist ein Problem, und daran müssen wir arbeiten.

Attac kritisiert derzeit vor allem die rot-grüne Regierung. Die CDU/CSU plant aber noch stärkere Kürzungen. Wäre es nicht wichtig, die Opposition stärker ins Visier zu nehmen - zumal viele Menschen in unsicheren Zeiten eher konservativ wählen?

Ja. Da gibt es sicherlich ein gewisses Defizit in der Artikulation unserer Politik. Das kommt schlichtweg daher, dass wir mit dem Thema Sozialagenda 2010 eher auf Regierungshandeln abzielen. Wir brauchen jetzt eine gründliche Phase der strategischen Diskussion, in der wir Fragen stellen müssen - etwa: wie halten wir es mit der CDU-Opposition, wie bringen wir unsere Inhalte besser rüber und wie kann eine Kooperation mit den Gewerkschaften im Lichte der zurückliegenden Erfahrungen aussehen? Der Perspektivenkongress im Mai ist deshalb ein so wichtiges Datum für uns, weil wir das Gefühl haben, uns in einer neuen wichtigen Etappe zu befinden.



Peter Wahl (54) ist Gründer von Attac Deutschland und Mitglied im bundesweiten Koordinierungskreis. Bei der NGO Weed (World, economy, ecology and development) leitet er das Ressort Finanzmärkte und Welthandel.